

Harald Bergsdorf

Ein Ergebnis der jüngsten Bundestagswahl ist fast untergegangen: Bei nicht-organisierten Arbeitern ist es den Unionsparteien gelungen, stärkste Partei zu werden. CDU und CSU haben nun die Chance, sich noch stärker als Partei gerade auch der Schwächeren zu präsentieren. Keine andere Politik, sondern eine klare Präsentation. Künftig lässt sich noch deutlicher machen, wer wirklich was zum Beispiel für Arbeitnehmer, für Frauen, für Familien in Städten und Regionen leistet – und wer nicht. SPD und Grüne versagen insbesondere im Kampf für mehr Beschäftigung und weniger Kriminalität. Darunter leiden insbesondere Schwächere. Unter dem Einfluss der Grünen betreibt Schröder seit 1998 eine Politik für privilegierte Achtundsechziger und gegen Normalverbraucher: „Öko“-Steuer, „Homoehé“, Zuwanderungsgesetz, neues Staatsangehörigkeitsrecht, Atomausstieg.

## Grüne „Erfolge“

Bisher waren die rot-grünen „Erfolge“ vor allem grüne „Erfolge“. Seit vier Jahren ist Fischer dabei, Schröder vor sich herzutreiben. Selten war ein kleiner, kapriziöser Koalitionspartner im Bund so einflussreich. Im Unterschied zu Schröder hat Fischer klare inhaltliche Vorstellungen und versteht es, diese durchzusetzen gegen einen Kanzler, der nur ein Ziel hat: im Kanzleramt zu bleiben, an dessen Zaun er einst von außen gerüttelt hat. Derzeit kann Schröder auch kaum mehr mit einem Koalitionswechsel zur FDP

drohen, die unter Möllemann und Westerwelle auf Abwegen wandelt. In der SPD kann Schröder seinen Kurs durchsetzen, weil er innerparteilich stärker ist als jeder „SPD-Kanzler“ vor ihm. Die Grünen wiederum fühlen sich durch die letzte Bundestagswahl im Verhältnis zur SPD gestärkt: Ohne die Stimmengewinne der Grünen wäre Schröder (SPD: minus 1,7 Millionen Zweitstimmen beziehungsweise minus 2,4 Prozent-Punkte) jetzt Ex-Kanzler. Inzwischen, seit der Bundestagswahl, ähneln allerdings beide Parteien wieder einem dissonanten Chor.

Ein Beispiel für die unsoziale Politik von Rot-Grün: Die steigende „Öko“-Steuer kann sich ein besserverdienender Cabriofahrer eher leisten als ein verheirateter Facharbeiter mit vier Kindern, der pro Monat über ein Nettoeinkommen von 3000 Euro verfügt. Eine schwere Zusatzbelastung bedeutet die Ökosteuer auch etwa für eine Kellnerin oder eine Krankenschwester, die auf einen Pkw angewiesen ist. Die Ökosteuer soll einerseits Umweltbelastungen senken. Sie zielt darauf, Energie zu sparen. Andererseits soll das Aufkommen aus der Ökosteuer die Rentenkassen füllen. Also viel Energie verschleudern, damit die Einnahmen nur so sprudeln? Schröders Ökosteuer-Ableitung erhöht europaweit die Umweltbelastungen. Denn so wächst die Neigung, dort zu produzieren, wo Umweltstandards niedriger sind. Eine Ökosteuer also, die europaweit zu höheren Umweltbelastungen und für Deutschland zu Wettbewerbsbelastungen führt. So wer-

den Produkte und Dienstleistungen teurer, denen höhere Energiekosten zu Grunde liegen. Keine Politik für schmale Geldbeutel.

Zudem gibt es große Bevölkerungsgruppen, die zwar höhere Benzin- und Heizkosten schultern müssen, aber keine Entlastung bei den Lohnzusatzkosten erfahren können, weil sie keine Löhne beziehen – Rentner, Arbeitslose, Studenten und Beamte. Besonders absurd: Ausgenommen von vollen Ökosteuer-Belastungen sind Betriebe, die energieintensiv produzieren. Deshalb: Wer die „Öko“-Steuer für umweltfreundlich hält, kann keinen Küchenhocker vom Kirchturm unterscheiden. Ursprünglich erklärte Rot-Grün, die Ökosteuer solle zur Senkung der Rentenbeiträge führen. Jetzt steigen beide: Ökosteuer und Rentenbeiträge. Kein Beitrag, die Kauf- und Investitionskraft zu stärken und Chancen von Arbeit-Suchenden zu erhöhen.

Unseriös auch die rot-grüne Behauptung, der Rentenbeitrag sei heute immerhin niedriger als 1998 – und dabei die wachsenden Ökosteuer-Lasten zu unterschlagen. Ohne den steuerfinanzierten Bundeszuschuss in die Rentenkassen (pro Jahr über siebzig Milliarden Euro) läge der Rentenbeitrag bereits heute bei 28 Prozent. Doch wer jetzt wie Rot-Grün die Beitragsbemessungsgrenze erhöht und weitere Berufsgruppen in die Rentenversicherung einbeziehen will, bringt kurzfristig mehr Geld in die Kassen, schafft aber mittelfristig neue Ansprüche und verschärft damit langfristig die Finanzierungsprobleme.

## Steigende Belastung der Schwachen

Schröders insgesamt steigende Steuern und Sozialabgaben richten sich gerade auch gegen Geringverdiener. Die Sozial- und Finanzpolitik Schröders funktioniert nach der Devise: zehn Euro rein in die linke Jackentasche und dann zwanzig

Euro raus aus der anderen. Bereits nach 1998 sind die Belastungen für Bürger und Betriebe per saldo um 44 Milliarden Euro gestiegen. Nun hat Rot-Grün weitere Belastungen in zweistelliger Milliarden-Höhe beschlossen. Mehrbelastung für eine Durchschnittsfamilie: jeden Monat über zweihundert Euro zusätzlich. Wie sollen die Bürger bei steigenden Belastungen die Nachfrage ankurbeln und private Vorsorge leisten?

Eine große Zigarettenfirma aus Norddeutschland hingegen hat kürzlich dank Schröders Steuerreform Unternehmensbeteiligungen für 6,7 Milliarden Euro steuerfrei veräußert. Vor allem den Mittelstand, der erfahrungsgemäß die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft, belastet Schröder immer stärker. Um den Arbeitsmarkt insbesondere für den Mittelstand zu flexibilisieren und (geringverdienenden) Bürgern bessere Chancen zum Zuverdienst zu öffnen, ist es zum Beispiel erforderlich, Hürden für geringfügig Beschäftigte zu senken. Ein wichtiger Beitrag zu mehr Wachstum und Beschäftigung wäre es auch, den Dschungel an mittelstandsrelevanten Gesetzen und Verordnungen zu lichten – nicht jeder Mittelständler kann sich eine eigene Rechtsabteilung leisten.

## Schlechtes Investitionsklima

Unter einem schlechten Investitionsklima und Arbeitslosigkeit leiden insbesondere schlechter Ausgebildete. Die besten Beschäftigungschancen finden Arbeit-Suchende in investitionsfreundlichen Bundesländern wie Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. So schaffen CDU/CSU-regierte Länder gute Grundlagen für mehr Staatseinnahmen, weniger Staatsausgaben und niedrigere Schulden, Steuern und Sozialabgaben. Demgegenüber fördern Schröders steigende Steuern und Sozialabgaben die Neigung zur Schwarzarbeit, zur Abwanderung ins Ausland, zum Beschäfti-

gungsabbau und zur Investitionsverweigerung – Schröders Politik führt so zu einem sinkenden Aufkommen an Steuern und Sozialabgaben. Darauf reagiert er üblicherweise mit noch höheren Schulden, Steuern und Sozialabgaben zulasten vor allem der Schwachen. Bevor Schröder begreift, dass steigende Steuern und Sozialabgaben üblicherweise zu niedrigeren Staatseinnahmen führen, fließt der Rhein rückwärts.

## Sicherheit ist sozial

Unsozial ist es auch, wie SPD und Grüne den Kampf gegen Kriminelle vernachlässigen – Richter „Gnadenlos“ Schill hat in Hamburg bei der letzten Bürgerschaftswahl aus dem SPD-Stimmenreservoir fast genauso viele Stimmen geschöpft wie aus jenem der CDU. Am sichersten vor Kriminalität (und Arbeitslosigkeit) leben Deutsche und Ausländer in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Ohne die gute Bilanz der CDU/CSU-regierten Länder wäre die Kriminalität (und Arbeitslosigkeit) bundesweit höher – damit wäre Schröders Bilanz noch schlechter. Innere Sicherheit – das vergessen manche Politiker, die sich sozial nennen – ist ein eminent soziales Anliegen. Kriminalität bedroht und trifft gerade Schwache. Kellnerinnen zum Beispiel, die sich abends nach getaner Arbeit keine regelmäßigen Taxifahrten leisten können; oder Krankenschwestern, die nach dem Spätdienst sicher und unbehelligt mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Hause fahren wollen; oder allein stehende Frauen, Ausländer und ältere Leute, die sich abends kaum mehr aus dem Haus trauen.

Wer wie die rotgrün-regierten Bundesländer den Kampf gegen Kriminalität schleifen lässt, outet sich als Feind der Schwachen. Sicherheit darf keinesfalls zum Privileg derer werden, die U-Bahn-Schächte und dunkle Unterführungen meiden können, etwa durch regelmäßige

Taxifahrten. Es dürfen keine *No-go-areas*, keine Angst-Zonen oder gar faktische Ausgangssperren entstehen.

Bereits Wilhelm von Humboldt bemerkte: „Ohne Sicherheit vermag der Mensch weder seine Kräfte auszubilden noch die Frucht derselben zu genießen; denn ohne Sicherheit ist keine Freiheit.“ Innere Sicherheit fördert Lebensqualität. Gerade die hohe beziehungsweise wachsende Zahl Alleinlebender und Älterer erfordert mehr innere Sicherheit. Doch Rot-Grün scheut einen konsequenten Kampf gegen Kriminelle wie ein Maulwurf das Licht.

## Konsequente Repression

Die zentralen Methoden gegen Straftaten heißen Prävention und Repression. Beide gehören eng zusammen. Wie stark Repression präventiv und deeskalierend wirkt, hat die Strategie der bayerischen Staatsregierung gegen gewaltbereite Demonstranten bei den Münchner Chaos-Tagen gezeigt. Durch konsequente Kontrollen bereits bei der Anreise waren keine Ausschreitungen, keine brennenden Autos und keine zerstörten Geschäfte zu beklagen. Keine Scheibe ging zu Bruch. Das Eigentum der Bürger blieb unversehrt. Keine Schmuse-Methoden gegenüber Gewalttätern wie in Hannover oder jüngst in Berlin!

Kriminelle lachen über eine Deeskalationsstrategie, die darin besteht, die Polizei beinahe zu verstecken. Es ist meist besser, Gewalt und Kriminalität erst gar nicht entstehen zu lassen, als sie nachher durch konsequentes Einschreiten unterbinden zu müssen. Mit anderen Worten: Lieber Gewaltbereitschaft durch frühzeitiges Einschreiten im Keim ersticken als später Straßenschlachten ausfechten müssen. Zumal bei Randalen oft mehr Polizisten verletzt werden als Randalierer, wie immer wieder in Zeitungsberichten zu lesen ist. Der Kampf gegen Straftaten muss ein Schwerpunkt freiheitlicher Poli-

tik sein, auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen. Hier gilt es, haushaltspolitische Prioritäten zu setzen, gerade im Sinne Schwacher.

Wichtige Instrumente im Kampf gegen Kriminalität sind die offene Videoüberwachung von gefährlichen Orten (als Beitrag zur Abschreckung und Aufklärung); Platzverweise von gewaltbereiten Personen; die Sammlung unverwechselbarer Merkmale wie DNA und biometrischer Daten von Schwerverbrechern (als Beitrag zur Abschreckung und Aufklärung). Damit sich die Polizei noch besser auf den Kampf gegen Straftaten konzentrieren kann, sind auch Veränderungen der Polizeistruktur erforderlich. Das heißt konkret: Weniger Polizeiinspektionen und damit weniger Verwaltungsaufwand, dafür mehr Polizei in modernen Funkstreifenwagen und zu Fuß in der Nähe der Bürger.

### Schutz den Opfern

Im Kampf gegen Straftäter muss auch der Bund mitziehen. Erstaunlich ist deshalb die aktuelle Diskussion in Schröders Berliner Koalition. So meint der „Sicherheitsexperte“ und parlamentarische Geschäftsführer der Grünen im Bundestag, Volker Beck, eine bundesweite Einführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung von Sexualstraftätern sei wohl verfassungswidrig. Ist der Mann noch zu retten?

Momentan ist eine Sicherungsverwahrung nur dann möglich, wenn dies bereits im Urteil festgeschrieben ist. Deshalb muss die Justiz heute zuweilen Täter entlassen, obwohl Gutachten sie weiterhin für gefährlich halten. Doch sollten gefährliche Sexualstraftäter nach Haftverbüßung keinesfalls in die Freiheit entlassen werden. Es muss möglich sein, solche Tä-

ter auf der Basis psychologischer Gutachten auch nachträglich in Sicherungsverwahrung zu nehmen. Deshalb ist es wichtig, vor Ende der Haft zu prüfen, ob Wiederholungsgefahr besteht. Schutz brauchen vor allem (potenzielle) Opfer, nicht die Täter.

Ziel bleibt es, die Sicherheit aller Bürger auf hohem Niveau zu gewährleisten. Jede Straftat ist eine zu viel. Neben der sozialen Fürsorge für Schwache, Behinderte und Kranke muss der Staat gerade auch die innere Ordnung und den inneren Frieden sichern. Das staatliche Gewaltmonopol – eine große Errungenschaft des modernen Staates – bedeutet: Vor allem die Schwächeren haben ein Recht auf staatlichen Schutz vor Kriminalität. Erforderlich sind deshalb mehr *law and order*, weniger Drogen, Gewalt und Diebstahl. Im Kampf gegen die Kriminalität sind keine Über-, aber auch keine Unterreaktionen gefragt. Die Straftäter sollen sich unsicher fühlen und die Bürger sicher; die Kriminalität muss runter, die Beschäftigung rauf – nicht umgekehrt wie meist bei Rot-Grün.

Unsozial ist es auch, die Integration von Ausländern zu vernachlässigen, etwa durch weiteren Massenzug (mit üblichen Folgeproblemen wie überproportionaler Arbeitslosigkeit und Kriminalität). Die Devise muss lauten: Weniger Zuwanderung, mehr Integration. Denn wer trägt die Hauptlast bei der wichtigen, aber oft schwierigen Aufgabe, Ausländern bei der Integration zu helfen? Wähler der Grünen, zum Beispiel Oberstudienräte, wohnen seltener im selben Wohnviertel mit schlecht integrierten Ausländern und können ihre Kinder eher auf teure Privatschulen schicken. Rot-Grün treibt den Unionsparteien viele Hasen in die Küche.